



Nikolaos Gavalakis und Nicole Katsioulis

## Gestrandet in Griechenland

Wie die Implementierung der  
EU-Flüchtlingspolitik scheitert

politik für europa  
#2017plus

FRIEDRICH  
EBERT   
STIFTUNG

## politik für europa #2017 plus

EIN PROJEKT DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG  
IN DEN JAHREN 2015 BIS 2017

Europa braucht Soziale Demokratie!

Warum wollen wir eigentlich Europa? Können wir den Bürger\_innen die Chancen einer gemeinsamen sozialen Politik, einer starken Sozialen Demokratie in Europa aufzeigen? Das ist das Ziel des neuen Projekts der Friedrich-Ebert-Stiftung »Politik für Europa«. Zu zeigen, dass die europäische Integration demokratisch, wirtschaftlich-sozial und außenpolitisch zuverlässig gestaltet werden kann. Und muss!

Folgende Themenbereiche stehen dabei im Mittelpunkt:

- Demokratisches Europa
- Wirtschafts- und Sozialpolitik in Europa
- Außen- und Sicherheitspolitik in Europa

In zahlreichen Veröffentlichungen und Veranstaltungen in den Jahren 2015 bis 2017 wird sich die Stiftung dem Thema kontinuierlich widmen: Wir setzen bei den Sorgen der Bürger\_innen an, identifizieren mit Entscheidungsträger\_innen Positionen und machen alternative Politikansätze transparent. Wir debattieren mit Ihnen über eine »Politik für Europa«!

Weitere Informationen zum Projekt erhalten Sie hier:

<http://www.fes.de/de/politik-fuer-europa-2017plus/>

### Die Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) wurde 1925 gegründet und ist die traditionsreichste politische Stiftung Deutschlands. Dem Vermächtnis ihres Namensgebers ist sie bis heute verpflichtet und setzt sich für die Grundwerte der Sozialen Demokratie ein: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Ideell ist sie der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften verbunden.

Die FES fördert die Soziale Demokratie vor allem durch

- Politische Bildungsarbeit zur Stärkung der Zivilgesellschaft
- Politikberatung
- Internationale Zusammenarbeit mit Auslandsbüros in über 100 Ländern
- Begabtenförderung
- das kollektive Gedächtnis der Sozialen Demokratie mit u. a. Archiv und Bibliothek.

### Über die Autoren dieser Ausgabe

**Nikolaos Gavalakis** ist Politikwissenschaftler und Projektassistent der Friedrich-Ebert-Stiftung in Athen.

**Nicole Katsioulis** ist Sozialwissenschaftlerin und leitet das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Athen.

### Für diese Publikation ist in der FES verantwortlich

**Michèle Auga**, Referatsleiterin Westeuropa/Nordamerika

Redaktion: **Freya Grünhagen**, Referentin im Referat Westeuropa/Nordamerika

## 1. AKTUELLE LAGE UND BEDINGUNGEN IN DEN CAMPS

Derzeit halten sich offiziell etwa 60 500 Flüchtlinge und Migranten, meist Syrer, Afghanen und Iraker, in Griechenland auf. Die Dunkelziffer liegt jedoch um einiges höher, da sich zusätzlich viele unregistrierte Personen im Land befinden. Die Flüchtlinge sind in Griechenland gestrandet, nachdem die Balkan-Route nach Zentral- und Nordeuropa geschlossen wurde. Auf den fünf griechischen Inseln gegenüber der türkischen Küste (Lesbos, Chios, Samos, Kos und Leros), die hauptsächlich betroffen sind, halten sich zurzeit ca. 15 000 Personen auf, deren Asylverfahren noch laufen, bzw. noch nicht begonnen haben. Die fünf Inseln verfügen jedoch insgesamt nur über 7 450 Unterkunftsplätze. Die Folge sind Proteste, sowohl innerhalb der Hot Spots von Seiten der Flüchtlinge gegen die inhumanen Bedingungen in den überfüllten Camps, als auch außerhalb von Seiten der Bevölkerung, die sich mit Problemen wie dem Ausbleiben von Tourismus und erhöhter Kriminalität konfrontiert sieht.

Die Vereinten Nationen und mehrere Nichtregierungsorganisationen haben die Lage in den Hot Spots scharf kritisiert. Zusätzlich zu den schlechten Lebensbedingungen – nicht nur aufgrund der Überfüllung – lauten die Vorwürfe, Minderjährige würden in geschlossenen Lagern gehalten und Insassen bekämen nur unzureichend Informationen über ihr Schicksal. So kam es im Flüchtlingslager in Moria auf Lesbos im September 2016 zu heftigen Ausschreitungen. Anlass war ein Gerücht über Massenrückführungen in die Türkei. Ein Feuer brach aus, zerstörte einen Großteil des Camps und verursachte einen erheblichen Sachschaden. Im Oktober setzten ebenfalls auf Lesbos Migranten aus Protest Container der EU-Asylbehörde EASO in Brand.

## 2. RESSENTIMENTS IN DER GRIECHISCHEN BEVÖLKERUNG

Obwohl sich die griechische Gesellschaft insgesamt sehr positiv und hilfsbereit gegenüber den ankommenden Flüchtlingen verhalten hat, sieht die Lage in den Regionen, in denen sich die Flüchtlinge besonders konzentrieren, und die nicht über die notwendigen Kapazitäten verfügen, anders aus. Die griechischen Inseln nahe des türkischen Festlands leiden extrem unter dem Rückgang der touristischen Buchungen, einer der Haupteinnahmequellen dieser Region. So kommen auf Samos im Vergleich zu 2015 40 Prozent weniger Touristen an.

In die Protestkundgebungen der lokalen Bevölkerung mischen sich zunehmend Mitglieder und Agitatoren der rechtsextremen Partei »Goldene Morgenröte«, die versuchen mit nationalistischen Parolen die Stimmung anzuheizen. Zudem protestieren in Nordgriechenland griechische Eltern gegen den Schulbesuch von Flüchtlingskindern, die seit September 2016 in öffentlichen Schulen nachmittags unterrichtet werden. Vorgeblich Angst vor Seuchen oder Ungeziefer, vor allem aber religiöse und kulturelle Vorbehalte, sind die Motive der protestierenden Elternverbände.

## 3. DIE EU-FLÜCHTLINGSPOLITIK IST GESCHEITERT

Der europäische Ansatz, wieder Herr der Lage über die Flüchtlingssituation zu werden, fußt grundlegend auf zwei Säulen: dem EU-Umverteilungsabkommen vom Herbst 2015 und dem EU-Türkei Flüchtlingsabkommen vom 18. März 2016. Ziel der beiden Maßnahmen ist es, die Zahl der illegalen Grenzübertritte in die Europäische Union zu reduzieren sowie die Länder, in denen die Flüchtlinge ankommen, zu entlasten. Das Problem: Beide Mechanismen funktionieren bestenfalls nur sehr eingeschränkt.

## 4. DAS EU-UMVERTEILUNGSABKOMMEN

Das groß angekündigte europäische Relocation-Programm, das Griechenland (und Italien) entlasten soll, ist bis dato nicht mehr als eine Farce. Einerseits sind die europäischen Staaten nicht bereit, die benötigten Plätze bereit zu stellen, andererseits gibt es administrative Probleme, wie z. B. einen Mangel an Personal, welche die Umsiedlung stark verlangsamen. Außerdem berücksichtigt das Programm nur Flüchtlinge aus bestimmten Ländern, bei denen eine Schutzquote von mindestens 75 Prozent vorliegt. Afghanische Staatsbürger waren aus diesem Grund nie Teil des Programms, Iraker sind es seit Juni 2016 nicht mehr. Der griechischen Regierung wurde im September 2015 zugesagt, dass insgesamt 66 400 Flüchtlinge innerhalb von zwei Jahren aus Griechenland in andere europäische Länder umgesiedelt werden. Die erbärmliche Bilanz zur Halbzeit: Lediglich 4 846 Personen (7 Prozent der zugesagten Anzahl, Stand 19.10.2016) konnten über das Programm Griechenland verlassen.

## 5. DAS EU-TÜRKEI-ABKOMMEN UND DIE RÜCKFÜHRUNG VON FLÜCHTLINGEN

Der zweite zentrale Bestandteil der EU-Flüchtlingspolitik ist das EU-Türkei-Abkommen. Es soll die Rückführung der meisten Ankommenden in die Türkei ermöglichen. Diese findet jedoch nicht einmal annähernd im vereinbarten Umfang statt. Bis zum 14.10.2016 wurden lediglich 668 Personen in die Türkei rückgeführt. Im gleichen Zeitraum kamen in Griechenland seit März etwa 15 000 Menschen an. Die meisten Rückgeführten hatten entweder keinen Asylantrag gestellt oder gingen freiwillig zurück. Der Mechanismus, der auf dem Papier funktional erscheint, um die Anzahl der Flüchtlinge in Griechenland zu reduzieren, scheitert in der Realität an zwei Gründen:

**Erstens:** Administrative Hürden, wie mangelnde Koordination und das Fehlen von Experten für die Bearbeitung der Anträge, sorgen für langsame Verfahren und lange Wartezeiten. Die griechische Asylbehörde existiert erst seit 2013 und ist personell noch nicht ausreichend ausgestattet. Vielen griechischen Asyl-Beamten fehlt zudem die Erfahrung, die für eine schnelle Bearbeitung der Anträge benötigt wird. Zwar hat die europäische Asylbehörde EASO eingewilligt, zusätzliche Beamte und Übersetzer für den Asyldienst nach

Tabelle 1

Anzahl der von Griechenland angeforderten Übersetzer und Beamten für die Asylbehörde

	Anzahl der Übersetzer	Anzahl der Beamten für Asylbehörde
von Griechenland angefordert	400	472
Seitens der EU bewilligt	131	494
im Einsatz	70	61

(Quelle: Europäische Kommission)

Griechenland zu senden, davon ist aber erst ein Siebtel im Land angekommen (siehe Tabelle).

Dabei ist die Agentur abhängig von den (freiwilligen) Beamten-Entsendungen aus den EU-Mitgliedstaaten. Viele Länder benötigen ihre Case-Worker jedoch für die Bearbeitung ihrer eigenen Asylanträge, die auf Grund des gewaltigen Flüchtlingsandrangs 2015 entsprechend hoch sind. Zudem weigern sich die Mitgliedsstaaten mittlerweile auf Grund von Sicherheitsbedenken in den Lagern Mitarbeiter zu schicken. Auf administrativer Ebene hat es lange Zeit in den Hotspots keinen Koordinator gegeben, der die verschiedenen Vorgänge koordiniert und verzahnt. Insgesamt sind acht griechische Ministerien an der Flüchtlings- und Migrationspolitik des Landes beteiligt, was nicht gerade zu einem reibungslosen und effizienten Ablauf beiträgt.

**Zweitens:** Die griechischen Berufungskommissionen erkennen in ihren meisten Entscheidungen die Türkei nicht als sicheren Drittstaat an, wie es im EU-Türkei-Abkommen aus politischen Gründen angenommen wird. Aus diesem Grund wird den meisten Asylanträgen stattgegeben. Eine Rückführung findet in diesen Fällen nicht statt. Bis Mitte Oktober haben die Berufungskommissionen lediglich bei sechs syrischen Flüchtlingen entschieden, dass die Rückführung in die Türkei rechtens ist. Folgende Argumente werden von Menschenrechtsorganisationen und Experten aufgeführt:

- Wie Human Rights Watch und Amnesty International einheitlich berichten, finden an der türkischen Grenze immer wieder Push Back-Operationen statt, d. h. syrische Flüchtlinge werden abgewiesen oder nach Syrien zurückgeschickt.
- Circa 90 Prozent der syrischen Flüchtlinge leben in der Türkei außerhalb der staatlich getragenen Flüchtlingslager und erhalten keinerlei Hilfe und Unterstützung. Viele haben keinen Zugang zur Gesundheitsversorgung, zu Bildung und zu Arbeit. Häufig leben sie in Angst, jederzeit abgeschoben zu werden. Die prekäre Lage macht die Flüchtlinge anfällig für Armut, Kinderarbeit und Ausbeutung.
- Aus einer Studie des UN World Food Programme geht hervor, dass viele Flüchtlinge in der Türkei unterhalb der nationalen Armutsgrenze leben und zum Teil nicht genug zu essen haben.
- Afghanische Flüchtlinge erhalten in der Türkei nicht das Recht, einen Asylantrag zu stellen.
- Bezüglich Meinungs- und Pressefreiheit gibt es spätestens seit dem gescheiterten Putsch erhebliche Bedenken.

Die griechische Regierung und die Mitarbeiter des griechischen Asylservices weisen zudem darauf hin, dass bisher auch kein anderer EU-Mitgliedstaat die Türkei als sicheren Drittstaat anerkennt hat.

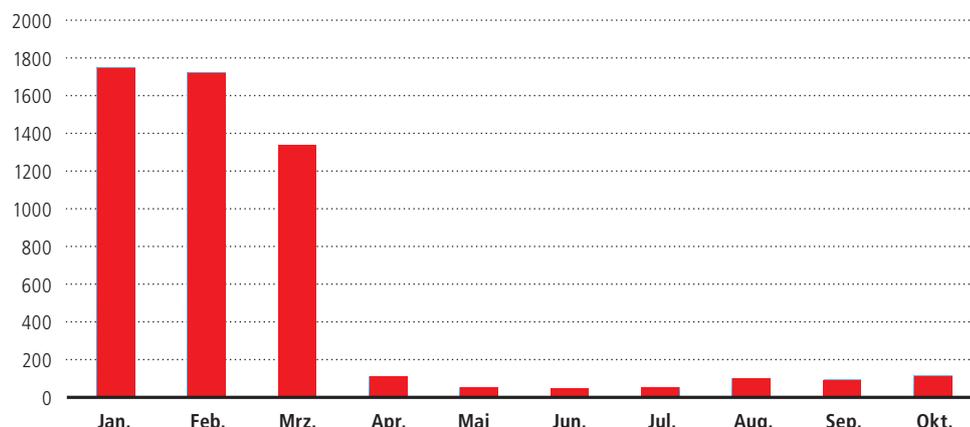
Da die Berufungskommissionen jeden Antrag individuell prüfen, kommen sie nur relativ langsam voran. Im September 2016 wurden lediglich 35 Fälle bearbeitet. Bis Juni 2016 bildeten Anwälte und Flüchtlingsexperten die Mehrheit in den Berufungs-Kommissionen. Schließlich entschied die griechische Regierung – insbesondere auf Druck von EU-Vertretern – ihre Berufungskommissionen anders zu besetzen und mehr Regierungsvertreter und Richter darin unterzubringen. Erklärtes Ziel: die Entscheidungen sollten häufiger zugunsten einer Rückführung ausfallen. Tatsächlich ist die Anzahl der Rückführungen in den letzten Monaten leicht gestiegen, reicht aber bei weitem noch nicht aus, um die griechischen Inseln signifikant zu entlasten.

## 6. DIE LAGE AUF DEN INSELN GERÄT AUSSER KONTROLLE

Das Versagen in der Umsetzung der beiden Abkommen zur Umverteilung und Rückführung führt dazu, dass nur wenige Flüchtlinge die griechischen Inseln verlassen und dies nur sehr langsam erfolgt. Zusätzlich sorgt eine weitere Entwicklung dafür, dass sich die Situation auf den Inseln zuspitzt und jeder Zeit vollständig eskalieren kann. Die Überfahrten der Flüchtlinge steigen seit August wieder spürbar an. Mitte Oktober wagten dreimal mehr Flüchtlinge die gefährliche Überfahrt als noch im Mai. Pro Tag kommen nun deutlich mehr als hundert Personen auf den Inseln an und auch die türkische Küstenwache greift wieder mehr Flüchtlinge und Migranten auf, die versuchen, nach Griechenland überzusetzen. Das Trügerische: Aus deutscher Perspektive scheint der Anstieg vernachlässigbar, ist doch die Anzahl der täglichen Ankünfte gegenüber den Anfangsmonaten 2016 gewaltig gesunken (siehe Grafik 1).

Aus griechischer Perspektive stellt sich die Situation jedoch ungleich dramatischer dar. Da über 3 000 Personen pro Monat auf den Inseln ankommen, aber nur ca. 100 Personen pro Monat in die Türkei zurückgeführt werden, steigt die Anzahl der Flüchtlinge in den Erstaufnahmезentren rasant an. Diese platzen bereits jetzt aus allen Nähten. Die Unterkunftsplätze sind mit ca. 15 000 Flüchtlingen für 7 450 Plätze mehr als doppelt belegt, so dass jeder einzelne Neuankömmling die Aufnahmekapazitäten merkbar belastet. Die völlig überfüllten

Grafik 1

**Anzahl der täglichen Ankünfte aus der Türkei (2016) (UNHCR)**

Im März 2016 kamen täglich etwa 1148 Flüchtlinge bis zum Inkrafttreten des Abkommens am 20. März, danach trafen nur noch 333 Personen pro Tag ein.

Lager können weitere neuankommende Personen nicht mehr absorbieren.

Der griechischen Regierung wird daher nichts anderes übrig bleiben, als einige Flüchtlinge aufs Festland zu transportieren, um für Entlastung auf den Inseln zu sorgen. Damit würde Griechenland aber gegen die Bestimmungen des Flüchtlingsabkommens zwischen der EU und der Türkei verstoßen. Dieses sieht – insbesondere aus Gründen der Abschreckung – vor, dass den Flüchtlingen die Weiterreise aufs griechische Festland verwehrt wird, solange das beschleunigte Asylverfahren und die Identifizierung noch nicht abgeschlossen sind. Ein staatlich organisierter Weitertransport aufs Festland gäbe den Schleppern und den Flüchtlingen jedoch einen neuen Anreiz die Boots-Routen über die Ägäis wieder aufzunehmen.

Ist ein Flüchtling erst einmal auf dem griechischen Festland angekommen, wird eine Rückführung unwahrscheinlicher, da das Abkommen nur Rückführungen von den Inseln vorsieht. Zudem besteht die Gefahr, dass Flüchtlinge sich dem Asylsystem entziehen und auf eigene Faust versuchen, nach Zentraleuropa weiterzureisen. Inzwischen haben auch Schleuserringe verstanden, dass die überfüllten Hot Spots nicht mehr die beste Anlaufstelle für Flüchtlinge sind und bieten alternative Routen auf andere griechische Inseln wie beispielsweise Milos an, von denen diese leichter zum Festland gelangen können.

## 7. DUBLIN III ALS DAMOKLESSCHWERT ÜBER ATHEN

Die Regeln der Dublin-Verordnung, nach der derjenige Staat für die Aufnahme eines Flüchtlings zuständig ist, in dem dieser zuerst europäischen Boden betreten hat, haben nie wirklich funktioniert und sind im Zuge der Flüchtlingskrise endgültig gescheitert. Bereits 2011 hatte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte entschieden, dass auf Grund der schlechten Aufnahmebedingungen keine Asylsuchenden nach Griechenland zurückgeführt werden dürfen.

Nun mehren sich die Stimmen aus Europa, es solle wieder möglich sein, Asylbewerber nach Griechenland zurückzu-

schicken. Zuletzt hatte der deutsche Innenminister Thomas de Maizière öffentlich diese Forderung gestellt. Die Begründung: Nun, da Europa viel unternommen habe, um die Situation der Flüchtlinge in Griechenland zu verbessern, sei es an der Zeit, die Dublin-Verordnung wieder anzuwenden. 2015 wäre Griechenland in diesem Fall folglich für 1,3 Millionen Asylverfahren zuständig gewesen – definitiv eine massive Überforderung für ein Land mit 11 Millionen Einwohnern, das sich zudem in der Krise befindet.

Aber auch in der jetzigen Situation, trotz reduzierter Ankunfts zahlen auf den ostägäischen Inseln, möchte die griechische Regierung die Wiederanwendung der Dublin III-Verordnung verhindern, stößt man doch bereits mit der aktuellen Anzahl Asylsuchender im Land an seine Grenzen. Daher fehlt in Athen parteiübergreifend die Bereitschaft, die aktuelle Situation substantiell zum Positiven zu verändern. Selbst die eher flüchtlingsfreundliche SYRIZA-Regierung hat nur ein sehr begrenztes Interesse daran, die humanitären Bedingungen in den Hot Spots und Lagern zu verbessern sowie den Asyldienst effektiver aufzustellen. Denn je besser die Flüchtlinge in Griechenland versorgt werden, desto größer die Befürchtungen, dass dadurch europäischen Gerichten die notwendigen Argumente geliefert werden, wieder nach Griechenland abzuschieben. Sollte die Verordnung wieder zum Einsatz kommen, würde sich die Anzahl der Asylsuchenden in Griechenland schlagartig vervielfachen.

Die EU-Kommission hat bereits im Mai einen konkreten Vorschlag unterbreitet, um das jetzige Dublin-System zu reformieren. Neben Kompensationszahlungen für Staaten, die keine Flüchtlinge aufnehmen wollen, ist ein Fairness-Mechanismus zentraler Bestandteil der Reform. Er soll Asylsysteme von Mitgliedsstaaten, die besonders unter Druck sind, entlasten. Demnach soll ein Schlüssel aus Bevölkerungsgröße und Bruttoinlandsprodukt bestimmen, wie viel Asylsuchende jedes Mitgliedsland aufnehmen muss. Wird dieser Wert um den Faktor 1,5 überschritten, soll jeder weitere Ankomme auf andere Länder verteilt werden. Da die Umverteilung nach dem derzeitigen EU-Umverteilungsabkommen jedoch bereits kaum funktioniert, scheint die Realisierbarkeit des neuen Vorschlags eher fraglich. Des Weiteren kritisiert die griechische Regierung, dass erst ab der fünfzigprozentigen

Überschreitung des Grenzwertes umverteilt wird. Um das griechische Asylsystem zu entlasten, will sie, dass ab Erreichen des Referenzwertes jeder Flüchtling direkt umgesiedelt wird.

## 8. FAZIT

Die EU-Flüchtlingspolitik hat dazu geführt, dass Griechenland massiv unter Druck geraten ist. Drei Aspekte sind hierbei besonders problematisch und reichen besonders in Athen zur Sorge:

Die Lage in Griechenland: Die Situation der Flüchtlinge in Griechenland ist desolat. In den Unterkünften herrschen teilweise unmenschliche Bedingungen und die Aussicht auf einen zügigen Asylbescheid ist sehr gering. Die griechischen Asylbehörden sind überfordert und benötigen dringend europäische Unterstützung. Weder die Umverteilung in andere europäische Staaten, noch die Rückführung in die Türkei funktioniert in einem akzeptablen Maße. Da seit Sommer wieder vermehrt Flüchtlinge auf den ostägäischen Inseln ankommen, haben diese ihre Belastungsgrenze bezüglich Unterkunftsmöglichkeiten und Akzeptanz der lokalen Bevölkerung bereits überschritten.

Die volatile Situation in der Türkei: Sollte sich in den nächsten Wochen heraus stellen, dass Ankara das Abkommen aufkündigt, weil die Visumsforderungen von der EU nicht erfüllt werden, droht eine weitere Eskalation der Lage in Griechenland. Die täglichen Ankunftsanzahlen würden wieder rasant steigen. Schleusertätigkeiten würden von türkischer Seite nicht mehr unterbunden und Griechenland sähe sich mit einer erneuten Flüchtlingswelle konfrontiert.

Die Dublin III-Verordnung: Szenarien einer Wiederverwendung dieser Regelung sind ein Schreckensgespenst für Griechenland. Jede griechische Regierung – egal welcher Couleur – wird versuchen, das Abschieben von Flüchtlingen aus europäischen Staaten nach Griechenland zu verhindern. Aus diesem Grund hat der griechische Staat kein Interesse daran, die Bedingungen für die Flüchtlinge im Land so zu verbessern, das europäische Gerichte wieder Entscheidungen pro Rückführung treffen könnten. Die humanitäre Situation der Flüchtlinge wird unter diesen Bedingungen prekär bleiben.

## 9. POLITIKEMPFEHLUNGEN

- Die vereinbarte Umverteilung von Flüchtlingen in andere EU-Mitgliedstaaten muss gänzlich umgesetzt werden. Griechenland gehört zu den Ländern, die darauf angewiesen sind, dass Verstöße gegen die Umsetzung des Relocation-Programms, sprich die Nicht-Aufnahme von Flüchtlingen, sanktioniert werden. Es muss daher darüber nachgedacht werden, den Ländern, die dagegen verstoßen, EU-Zuschüsse zu verwehren. Ein weiterer Hebel könnten die anstehenden Verhandlungen über den Brexit darstellen. Die Interessen der Visegrad-Staaten in Bezug auf den Fortbestand der Arbeitnehmerfreizügigkeit könnten genutzt werden, um Zugeständnisse bei der Aufnahme von Flüchtlingen zu erhalten.
- Die EU muss Griechenland zudem effektiv und zeitnah dabei unterstützen, den Asyldienst zu verbessern. Die noch relativ junge griechische Asylbehörde ist derzeit komplett überfordert. Die Bearbeitung der bisher gestellten Asylanträge geht zu langsam voran, was an ihrer Vielzahl, aber auch den fehlenden Kapazitäten liegt. Die EU-Partner müssen zügig das zugesagte Personal schicken, damit die Asylanträge schneller bearbeitet werden können und die Flüchtlinge schneller eine Entscheidung über ihren Aufenthaltsstatus erhalten.
- Die Rückführungen in die Türkei dürfen weiterhin nur nach individueller Prüfung erfolgen. Der Druck auf die griechische Regierung in Bezug auf eine laxere Handhabung der Berufungskommissionen bezüglich der Anwendung von Asylrecht ist Europas unwürdig. Die EU und die Türkei müssen gemeinsam dafür sorgen, dass in der Türkei die Situation für die Flüchtlinge so verbessert wird, dass das Land als sicherer Drittstaat gelten kann. Wird weiterhin nur eine sehr geringe Anzahl der Flüchtlinge rückgeführt, verliert das Abkommen seine Wirkung, und eine neue größere Migrationsbewegung nach Europa ist zu erwarten.
- So lange das »Damoklesschwert« der Wiederverwendung von Dublin und der damit verbundenen Rückführungen aus Ländern wie Deutschland über Athen schwebt, werden die Bedingungen für die Flüchtlinge in Griechenland sich nicht verbessern, weil keine Bereitschaft dafür da ist. Die Dublin III-Verordnung muss grundlegend reformiert und durch eine gesamteuropäische Lösung, basierend auf mehr Solidarität ersetzt werden. Zudem erscheint es zutiefst widersinnig, Flüchtlinge unter der Dublin III-Bestimmung zurück nach Griechenland zu schicken, während gleichzeitig Schutzbedürftige aus Griechenland in EU-Länder umverteilt werden. Temporär – für mindestens zwei Jahre – sollte das Dublin-Abkommen für die Hauptankunftsstaaten Italien und Griechenland auch formal ausgesetzt werden und in dieser Zeit von Grund auf neu verhandelt werden.
- Angesichts der Tatsache, dass ein Ende der Konflikte in Syrien, Irak und Afghanistan in weiter Ferne liegt, werden die Flüchtlingsströme in Richtung Europa nicht abreißen. Daher ist es langfristig unabdingbar, eine europäische Asylbehörde aufzubauen, die nicht nur zentral über Asylanträge entscheidet, sondern auch direkt die Verteilung innerhalb der EU koordiniert sowie mit eigenen Mitarbeitern in den Empfangszentren vertreten ist.
- Griechenland kann nicht aus der Verantwortung genommen werden. Es ist kein reines Transitland mehr und ist daher zunehmend gefordert, die im Land verbleibenden Flüchtlinge in die Gesellschaft zu integrieren. Der Anteil der Flüchtlinge an der Bevölkerung liegt mit 0,5 Prozent niedriger als der Anteil in Deutschland (1 Prozent). Daher ist die zu spät begonnene Integration der Flüchtlingskinder in die öffentlichen Schulen ein erster wichtiger Schritt, bei dem es aber nicht bleiben darf. Weitere Integrationsangebote müssen folgen und die Regierung Tsipras muss dazu beitragen, dass die Bevölkerung diese neue Situation mitträgt.

Impressum:

© 2016

**Friedrich-Ebert-Stiftung**

Herausgeber: Abteilung Internationaler Dialog  
Referat Westeuropa/Nordamerika  
Hiroshimastraße 28, 10785 Berlin  
[www.fes.de/international/wil/](http://www.fes.de/international/wil/)  
<https://www.facebook.com/FESWesteuropa.Nordamerika>  
Bestellungen/Kontakt: FES-WENA@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung. Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

**ISBN: 978-3-95861-651-6**

Titelmotiv: © Anjo Kan/Shutterstock.com  
just in print  
Gestaltung: [www.stetzer.net](http://www.stetzer.net)  
Druck: bub Bonner Universitäts-Buchdruckerei

November 2016

